

Die Lage mit Russland, die Lage um Russland, die Lage in Russland

Autor: Andreas Steininger *

Stand: 10. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis:

- I. Die deutsch-russischen Beziehungen nach der Bundestagswahl: Dialog und Härte oder Visa-Freiheit und Annäherung?
- II. Kristallisationspunkt Nord-Stream-2 und Bidens Geschenk
- III. Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Russlands
- IV. Die Reaktion Russlands
- V. Zusammenfassung

„Sagen Sie mal, wie geht es jetzt weiter mit Russland“. So oder so ähnlich lautet eine der an uns oder an unser Institut am meisten gestellten Fragen in den vergangenen Monaten. Dabei wird meistens vom Fragesteller wenig differenziert, ob die politische Situation gemeint ist, weitere Wirtschaftssanktionen, die innenpolitische Situation, festgemacht am Beispiel Nawalny, gemeinsame Veranstaltungen wie etwa des Petersburger Dialoges oder das Investitionsklima in Russland.

Nun, die Frage ist wirklich nicht einfach zu beantworten – denn abgesehen davon, dass man verschiedene Bereiche bei der Beurteilung tatsächlich differenzieren muss, sind die grundsätzlichen politischen Aussichten im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland weniger rosig denn je. Darüber hinaus haben unsere „10. Wirtschaftspolitischen Gespräche“¹, die wir am 21. Mai 2021 online durchgeführt haben, gezeigt, wie stark die Meinungen bei der Beurteilung der Lage

Zitierweise: Steininger, A., Die Lage mit Russland, die Lage um Russland, die Lage in Russland, O/L-1-2021, https://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Die_Lage_mit_Russland_die_Lage_um_Russland_die_Lage_in_Russland_OL_1_2021.pdf.

* Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

¹ Videomitschnitte zum 1. Teil der Veranstaltung: <https://www.youtube.com/watch?v=J2trvOJXK5c> sowie zum 2. Teil: <https://www.youtube.com/watch?v=7BLBANmZUNA>.

Steininger - Die Lage mit Russland, die Lage um Russland, die Lage in Russland, Ost/Letter-1-2021 (Juli 2021)

Russlands und der künftigen Beziehungen, insbesondere nach der Bundestagswahl am 26. September 2021, divergieren.

Aber gut, versuchen wir dennoch ein Bild der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung, der Duma-Wahlen, der Bundestagswahl und auch der amerikanischen Politik zu zeichnen.

I. Die deutsch-russischen Beziehungen nach der Bundestagswahl: Dialog und Härte oder Visa-Freiheit und Annäherung?

Dass sich im Rahmen der deutsch-russischen Beziehungen zurzeit wenig Positives bewegt, ist kein Geheimnis. Fraglich ist allerdings, ob nach der nächsten Bundestagswahl am 26. September 2021 hier eine signifikante Änderung eintreten könnte. Gerade um dies zu eruieren haben wir ein Panel unserer wirtschaftspolitischen Gespräche am 21. Mai 2021 der Frage gewidmet, wie Parteien, die voraussichtlich die Kanzlerin oder den Kanzler stellen werden, die politische Situation in Zukunft beurteilen.

Tatsächlich hatte Annalena Baerbock in einem Interview der FAZ vom 21. April 2021² die Richtung vorgegeben, dass man mit einem Mix aus Dialog und Härte mit Russland umgehen müsse. Wirklich konkret ist diese Aussage nicht und auch der Ausflug von Robert Habeck in die osteuropäische Politik mit der Aussage, man müsse Defensivwaffen an die Ukraine liefern, hilft hier nicht wirklich weiter. Etwas konkreter wurde der außenpolitische Experte der Grünen Manuel Sarrazin (Mitglied des Bundestages, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages) dann doch. Wenn es nach ihm ginge, solle weder Nord-Stream-2 zu Ende gebaut noch über die Visafreigabe für russische Staatsbürger nachgedacht werden. Hier ist mehr Härte als Dialog zu spüren.

Als Kenner der CDU gab Dr. Thomas Falk ebenfalls in den „Wirtschaftspolitischen Gesprächen“ zu verstehen, dass Armin Laschet als Bundeskanzler versuchen werde ein neues Kapitel mit Russland aufzuschlagen. Auf jeden Fall werde aus seiner Sicht die Pipeline Nord-Stream-2 zu Ende gebaut und in Betrieb genommen. Man könne auch Klimapolitik nicht ohne das größte Land der Erde machen. Auch bei der Visafreiheit zeigte sich Dr. Falk im Hinblick auf die Meinung innerhalb der CDU optimistisch, dass in der neuen Legislaturperiode versucht werde, hier eine Klärung zugunsten der Freiheit der Menschen herbeizuführen.

Dr. Nils Schmid betonte als Vertreter der SPD (Obmann der SPD im Auswärtigen Ausschusses Bundestages), dass ein Bundeskanzler Scholz zum einen gegenüber Russland den europäischen Kontext betonen werde, zum anderen vor allem die Wirtschaftsbeziehungen stärken. Auch Herr Dr. Schmid ging davon aus, dass das Projekt Nord-Stream-2 auf jeden Fall vollendet werde, wobei in der

² <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/annalena-baerbock-im-interview-ueber-russland-und-us-zusammenarbeit-17308594.html>.

Folge eventuell eine klimapolitische Diskussion anzustoßen sei. Was die Visaliberalisierung anbelangt, so müsste man vor allem auf die europäischen Partner einwirken, die sich diesbezüglich bisweilen kritisch äußerten.

Fazit: es bleibt der Eindruck bestehen, dass unter dem etwaigen Kanzler Laschet oder Scholz es wieder versucht werde, eine Annäherung an Russland zu suchen und, dass das Pipeline Projekt Nord-Stream-2 auf jeden Fall zu Ende gebracht und in Betrieb genommen werde und darüber hinaus positive Signale in Richtung Russland ausgesendet werden würden, so zum Beispiel durch die Visaliberalisierung. Eine grüne Außenpolitik sähe sich hier wohl wesentlich härter aus. So kommt eine Visaliberalisierung hiernach wohl kaum in Betracht. Auch die Frage, ob und inwieweit die Pipeline dann in Betrieb genommen würde, ist hier eher fraglich.

II. Kristallisationspunkt Nord-Stream-2 und Bidens Geschenk

Tatsächlich wurde insbesondere in den vergangenen Monaten das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland vor allem am streitigen Projekt Nord-Stream-2 festgemacht. Viele Politiker der Grünen, aber auch innerhalb der CDU (siehe etwa Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen)³ forderten nach der Inhaftierung von Nawalny und etwaigen Menschenrechtsverletzungen sowie dem Verhalten in der Ostukraine die Einstellung dieses Projektes.

Abgesehen davon, dass die Meinungen in der deutschen Politik im Hinblick auf das Projekt divergieren, hat die Entscheidung von Joe Biden am 19. Mai 2021 keine weiteren Sanktionen gegen an dem Projekt beteiligte Unternehmen zu verhängen für eine Klärung gesorgt. Zwar hat Biden nicht gesagt, dass er die Ermächtigungsgrundlagen für die Sanktionen, so insbesondere das CAATSA⁴, beseitigen werde. Allerdings hatte verlautbaren lassen, dass er keine Einzelmaßnahmen mehr verhängen werde.

Tatsächlich kam diese Ankündigung überraschend und warf einige Fragen auf, so vor allem, warum der amerikanische Präsident gegen Widerstände in amerikanischen Senat sich hier so großzügig zeigen will. Die Gründe sind wahrscheinlich multikausal: zum einen sieht Biden wohl in China die größte Gefahr für die internationale politische und wirtschaftliche Entwicklung, sodass er eine Allianz schmieden will, zu welcher auch Deutschland gehören soll. Da passt es nicht gut, wenn man diese wichtigen Verbündeten tatsächlich noch weiter unter Druck setzt. Auch hat Biden wohl richtig eingeschätzt, dass er das Projekt nunmehr nur noch hätte verhindern können, indem er mit wirklich harten Sanktionen gegenüber deutschen Unternehmen agiert hätte. Dies hätte im Ergebnis auch seine Bemühungen unterlaufen, eine einheitliche Front gegen China aufzubauen. Schließlich würde auch

³ https://www.deutschlandfunk.de/roettgen-cdu-zu-nord-stream-2-ueber-das-verbot-von-energie.694.de.html?dram:article_id=492033.

⁴ <https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/sanctions-programs-and-country-information/countering-americas-adversaries-through-sanctions-act>.

bemüht sein, mit Russland einen Ausgleich zu suchen. Auch hier ist das Ablassen von diesem Projekt förderlich.

Fazit: Insofern kann man sagen, dass von unerwarteter Richtung, nämlich von der amerikanischen Seite, auf einmal das Projekt nicht mehr infrage gestellt wird, was auch zumindest die Möglichkeit umfasst, Beziehungen zwischen Russland und dem Westen wieder zu verbessern. Hier tun sich neue Chancen auf. Verlierer dieser Politik sind natürlich all diejenigen, die öffentlich Sturm gelaufen sind, so aber auch insbesondere die baltischen Länder, die Ukraine und Polen.

III. Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Russlands

Die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Russlands wird teilweise sehr kontrovers im Westen diskutiert. Bei den wirtschaftspolitischen Gesprächen hob Professor Schröder hervor, dass die Akzeptanz Putins zwar stetig hoch sei; insbesondere nach der Annexion der Krim sei es ihm gelungen, große Teile der Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Auch sei er immer noch unumstritten derjenige, welcher das meiste Vertrauen genieße. Allerdings muss man abwarten, ob soziale Konflikte, verstärkt durch die Corona-Krise, jetzt die Einheit des Landes doch gefährden könnten. Auch Professor Luchterhandt liegt als stetiger Beobachter der Rechtsentwicklung Russlands das Land in eine autokratische Diktatur ableiten, die in einer Tradition mit den Silowiki des ausgehenden Mittelalters stehe. Folgt man dieser Einsicht, so sind auch die vermehrt kritischen Stimmen von Grünen und Menschenrechtsorganisationen mehr als gerechtfertigt. Die durchaus problematische Haltung Russlands zeigt sich daran, dass noch in der letzten Maiwoche drei deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland geschlossen wurden.⁵

Auf der anderen Seite existieren Stimmen, welche auch das Potenzial Russlands – gerade im Hinblick auf die Wirtschaft – immer wieder hervorheben. So äußerte Falk Tischendorf bei den „Wirtschaftspolitischen Gesprächen“, dass viele seiner Mandanten gerade in den vergangenen Jahren in Russland wirtschaftlich sehr erfolgreich gewesen seien. Der Vorsitzende der AHK Moskau Matthias Schepp sagte beim Russlandtag, dass Umfragen unter den Mitgliedern des Verbandes ergeben hätten, dass über 90 % mit ihrer Tätigkeit in Russland sehr zufrieden seien.

Nicht verhehlen kann man aber auch die rückläufigen Zahlen: so betrug der Export nach Russland im Jahr 2020 etwa 23 Mrd. EUR, der Import von Russland etwa 20 Mrd. EUR.⁶ Damit ist der gegenseitige

⁵ Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat drei deutsche Nichtregierungsorganisationen - das Forum Russischsprachiger Europäer, das Zentrum für die Liberale Moderne und den Verein Deutsch-Russischer Austausch - als »unerwünscht« eingestuft und ihnen damit faktisch ein Betätigungsverbot erteilt, <https://www.spiegel.de/ausland/russland-stuft-drei-deutsche-ngos-als-unerwuenscht-ein-und-belastet-damit-das-deutsch-russische-verhaeltnis-a-d151be68-dedf-496a-9106-0b8c46c00569>.

⁶ <https://www.rnd.de/wirtschaft/russlandtag-deutsche-firmen-sehen-gute-geschaefte-kritik-von-gruenen-und-fdp-YTDZUVTYUFDKVK7322CNWORC5Q.html>.

Handel gegenüber 2013 fast um die Hälfte geschrumpft. Andererseits könnte man natürlich argumentieren, dass der Handel trotz der Sanktionen und trotz der Corona-Krise stabil geblieben ist.

Fazit: dass sich Russland weg von einer Demokratie hin zu einem autokratischen System bewegt, dürfte mittlerweile unstrittig sein; die Studie von Professor Luchterhandt hat dies nachgewiesen. Dass das Land nichtsdestotrotz stabil dasteht und Putin fest im Sattel sitzt, lässt sich anhand der Analyse von Professor Schröder ebenfalls darlegen. Mit dem autokratischen System einher geht eine wirtschaftliche Verflechtung innerhalb des Landes, die korruptive Strukturen begünstigt. Diejenigen Unternehmen, die schon länger in Russland tätig sind und sich dort etabliert haben, konnten und können ihr Geschäft ausbauen.

IV. Die Reaktion Russlands

Es ist eine alte Weisheit: man sollte die Rechnung nicht ohne den Wirt machen. Zumeist wird die Frage gestellt, wie der Westen gegenüber Russland eingestellt ist; viel wichtiger dürfte bisweilen sein, welche Vorbehalte in Russland gegenüber dem Westen mittlerweile existieren. Vladislav Belov hat in seinem Vortrag bei den wirtschaftspolitischen Gesprächen deutlich gemacht, dass die Politik des „erhobenen Zeigefingers“ gerade im Hinblick auf moralische Belange in Russland nicht gern gesehen wird und vor allem auch nicht mehr verfährt. Man kann vielleicht sagen: der russischen Regierung aber auch weiten Teilen der Bevölkerung ist es einfach egal, welche Meinung im Westen gegenüber Russland vertreten wird. Zu tief sind hier die Vorbehalte, die sich aus vielen Jahren der Kritik gegenüber Russland – auch bereits vor der Ukraine-Krise – aber auch vor dem Hintergrund gegenwärtiger Äußerungen ergeben.

Fazit: Auch vor dem Hintergrund eines zunehmend autokratisch werdenden Systems ist hervorzuheben, dass die russischen Unternehmer gegenüber deutschen Investoren zunehmend selbstbewusst agieren. Wichtiger als der Kontakt in den Westen sind vor allem Kontakte in die russische Zentrale.

V. Zusammenfassung

Das Bild der Lage gegenüber Russland ist uneinheitlich, lässt sich in den folgenden Oberpunkten zusammenfassen:

- Russland bewegt sich hin zu einer Autokratie; nichtsdestotrotz sitzt Putin fest im Sattel und mit einem Wechsel, der nicht durch die Regierung selber bedingt ist, sollte nicht gerechnet werden;
- die russische Wirtschaft und auch die russische Administration des gegenüber deutschen Investoren wesentlich selbstbewusster geworden; das langsame Hinübergleiten in ein autokratisches System begünstigt produktive Strukturen;

- deutsche Unternehmen, die schon länger vor Ort sind, konnten teilweise ihre wirtschaftlichen Erfolge ausbauen und sind mit dem Geschäft in Russland zufrieden; für Neuinvestitionen ist die Lage schwierig;
- der Handel ist in den vergangenen Jahren zwar eingebrochen, verharrt aber mit einem Volumen von etwa 23 Mrd. EUR auf einem recht stabilen Niveau;
- bei einer CDU oder SPD geführten Bundesregierung nach dem 26. September 2021 ist anzunehmen, dass man versuchen wird, ein neues Kapitel mit Russland aufzuschlagen und die Beziehungen zu verbessern; bei einer durch die Grünen angeführten Bundesregierung ist es eine härtere Gangart zu erwarten.

©Ostinstitut Wismar, 2021
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751